

DIE AUSWIRKUNGEN VON GRENZVERSCHIEBUNGEN AUF STADT-
ENTWICKLUNG UND KOMMUNALVERFASSUNG:
METZ UND STRASSBURG (1850-1930)

Städte in Grenzlage, so die verbreitete Überzeugung, waren und sind auch noch heute in vielfacher Hinsicht im Vergleich zu Städten im Zentrum nationaler Verbände benachteiligt. Die politische Grenze in der Nähe der Stadt bildete demnach seit der Ausbildung der nationalstaatlichen Ordnungssysteme ein Hindernis für die freie Zirkulation von Menschen, Gütern und Dienstleistungen. Dadurch, so die gängige Argumentation, wurde vor allem die wirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigt, denn die Versorgungsfunktionen der Grenzstadt konnten sich nur auf den Teil des Umlands erstrecken, der zum gleichen Nationalverband gehörte. Die auf diese Weise reduzierte Nachfrage beschränkte die Expansionschancen des städtischen Handels, wie andererseits das produzierende Gewerbe dadurch benachteiligt war, daß vielfach, bedingt durch die Grenzlage, das Reservoir für den Nachschub von Rohstoffen wie auch für den Zustrom von Arbeitskräften geringer war. Ferner weisen die Vertreter dieses Argumentationsmusters darauf hin, daß diese geopolitische Ungunst der Lage in aller Regel auch zu infrastrukturellen Benachteiligungen geführt habe: Der Ausbau von Eisenbahnlinien, interlokalen Straßenverbindungen und Schifffahrtswegen wurde demnach weitgehend von nationalen Interessen gesteuert, eine Verzahnung mit der Infrastruktur des Nachbarlandes hatte keine Priorität, war möglicherweise sogar unerwünscht. Schließlich werden auch militärstrategische Entscheidungen dafür verantwortlich gemacht, daß gewerbliche Investitionen vielfach unterblieben, so daß das Wirtschaftsprofil der Grenzstädte häufig monostrukturell geprägt blieb. Daß Grenzstädte und Grenzräume durch eine Anhäufung von Standortnachteilen gekennzeichnet waren bzw. heute noch sind, hat sich auch in der wissenschaftlichen Terminologie niedergeschlagen, wo der *Peripheriebegriff* seit den siebziger Jahren eine wichtige Kategorie bildet¹.

Dabei wird freilich häufig vergessen, daß die angeblich weitgehend von den dominierenden Interessen des Zentrums gesteuerte Entwicklung der marginalen Räume auch spezifische Lagevorteile für die Regionen und Städte an der Grenze bringen konnte. So bedeutete z.B. die Verlegung einer Garnison in eine Stadt immer auch einen Wachstumsimpuls für die städtische Wirtschaft, und andererseits war die vielfach beschriebene patriarchalische Fürsorgepolitik des preußischen Staates für die Bergleute an der Saar wohl auch ein Instrument zur Vermeidung sozialer Unruhen, die gerade in der Nähe der Grenze unerwünschte und unabsehbare politische Folgen haben konnten. Auch wird vielfach übersehen, daß besonders die Grenzlage unter bestimmten Voraussetzungen eine Bündelung des grenzüber-

¹ Vgl. Wysocki, *Zwei Grenzstädte*, S. 108.